

Einfach hin und weg.

Münsterland

Die Novellierung des PBefG – Ende gut, alles gut?

Die Sicht eines Aufgabenträgers

Referent: Gerrit Tranel

Geschäftsführer

Zweckverband SPNV Münsterland, Fachbereich Bus



Bus & Bahn
Münsterland

Agenda

1. Forderungen der kom. Spitzenverbände
2. PBefG - Ende gut, alles gut?
3. Fazit








- ④ Anwendungsbereich der VO (EG) Nr. 1370/2007 umfasst alle Verkehre im ÖPNV
 - Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre bleibt bestehen
 - Vergabe ausschließlicher Rechte durch AT möglich
 - Umsetzung VO 1370 im PBefG inkonsistent

- ④ Verbindlichkeit des Nahverkehrsplans
 - Genehmigungsbehörde hat einen Nahverkehrsplan zu beachten (§ 8 Abs. 3a)
 - Einschränkung durch die Regelungen des § 13 Abs. 2a

- ④ Aufhebung des Dualismus zw. Genehmigungsbehörde und AT
 - Regelungen führen zu erheblichem Bürokratieaufwand
 - Genehmigungsbehörde als „Schlichter“; „Anwalt“ der Unternehmen



§ 8 Abs. 3

-  Sicherstellung der ausreichenden Verkehrsbedienung durch die Aufgabenträger (Angebotsvolumen, Qualität und verkehrsmittelübergreifende Integration)
-  Einschränkung durch § 13 Abs. 2a
-  Vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis 01.01.2022



§ 8 Abs. 3a

-  Beachtung des Nahverkehrsplans durch die Genehmigungsbehörde

§ 8 Abs. 4

-  Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit
-  Eigenwirtschaftlich ist ein Verkehr der kein ausschließliches Recht erhält

§ 8a Abs. 1 und 2

-  zentrale Abgrenzung zwischen eigenwirtschaftlichem Verkehr und Interventionsrecht des Aufgabenträgers
-  soll "Rosinenpickerei" verhindern; Begrifflichkeit "Teilleistung" steht im Widerspruch zu § 8a Abs. 4

§ 8a Abs. 3

- ☞ bundesgesetzliche Klarstellung der Zulässigkeit von Direktvergaben in Deutschland

§ 8a Abs. 4

- ☞ Verpflichtung, bei jeder wettbewerblichen Vergabe nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370 Lose zu bilden

§ 12 Abs. 6 Satz 3

- ☞ AT kann von den Vorgaben der Vorbekanntmachung abweichen
- ☞ verkürzte Antragsfrist muss noch definiert werden



§ 13 Abs. 2a

-  Abweichungen von der ausreichenden Verkehrsbedienung nur ungenügend definiert; wer beurteilt die Wesentlichkeit?

§ 13 Abs. 2b

-  zementiert den Ausschließlichkeitscharakter der Genehmigung
Widerspruch zu § 8 Abs. 4



- Versuch einer Abgrenzung der handelnden Akteure mit z.T. gravierenden Schwächen im Detail
- zu hoher Bürokratieaufwand
- sowohl AT als auch Genehmigungsbehörden werden ggf. mit ihrer neuen Rolle überfordert sein
- NVP vom FNP zum B-Plan
- weiterhin zu hoher Interpretationsspielraum bei neuen Rechtsbegriffen und der Auslegung des EU-Rechts
- klares Bekenntnis zur Direktvergabe
- §2 Abs. 6 „alternative Bedienformen“

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.**

Gerrit Tranel
Geschäftsführer
Zweckverband SPNV Münsterland
Fachbereich Bus
Schorlemer Straße 26
48143 Münster
Tel: 0251 4134 40
Mail: g.tranel@zvmbus.info